

## Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Seniorenbeiräte Weser-Ems begrüßt Pflegereform des Bundesgesundheitsministers

Die Seniorenbeauftragten der Samtgemeinde Freren (Theo Weggert) und Lengerich (Rüdiger Witza), die die Belange der Senioren der SG in der Arbeitsgemeinschaft Weser-Ems vertreten haben sich in diesem Gremium für die Initiative der Pflegereform des Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ausgesprochen.

In seiner jüngsten turnusmäßigen Zusammenkunft unter Vorsitz von Theo Weggert, Landkreis Emsland, befasste sich der AG-Vorstand eingehend mit der Initiative Pflegereform des Bundesgesundheitsministers und man sprach sich am Ende einstimmig für die Unterstützung der Initiative des Ministers aus.

„Das der Minister Spahn die pflegebedingten Eigenanteile in der stationären Pflege bei 700,00 Euro deckeln und auf 36 Monate begrenzen will, ist ein ganz wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die steigenden finanziellen Belastungen sind für immer mehr Bewohner von Pflegeeinrichtungen und ihre Angehörigen kaum noch zu stemmen“, sagte Weggert.

Pflege, wie wir alle wissen, kostet Geld, aber die Finanzierung kann und darf nicht nur auf dem Rücken der betroffenen Personen (Pflegepersonal, Bewohner und Angehörige) ausgetragen werden. Hier bedarf es einer Gesamtbetrachtung aller Faktoren, die den Prozessablauf berühren, unabhängig ob sie monetäre oder nichtmonetäre Auswirkungen beinhaltet. Die Teilhabe am Leben darf nicht bei dem Barbetrag 116,64 Euro für einen Bewohner enden, denn das ist mehr als beschämend, ergänzte Witza

*(Dieser sog. Barbetrag ([Hilfe zum Lebensunterhalt](#)) zur freien Verfügung, der bis zu seiner Umbenennung im Jahre 1982 „Taschengeld“ genannt wurde, dient dazu, sich z.B. „besondere Getränke“ (Apfel- oder Orangensaft), gewünschte Genussmittel, individuelle Körperpflegemittel (die bevorzugte Duschcreme, Cremes usw.) oder ähnliches zu kaufen. Kleine Anschaffungen (neue U-Wäsche oder Oberbekleidung), Geschenke, Friseurbesuch, Zuzahlung zu Medikamenten und ähnliches zu finanzieren.)*

Da der Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft immer größer wird, werden in Zukunft noch sehr viel mehr Pflegekräfte gebraucht. Um diese zu gewinnen und im Beruf zu halten, wird in Zukunft eine bessere Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen von Nöten sein. Aus diesem Grunde unterstützt der Vorstand der AG Weser-Ems die mit der Deckelung des Eigenanteiles einhergehende Maßnahme, nämlich eine Tarifbindung für Heimpersonal quasi zu „erzwingen“, in dem nach Vorstellungen des Ministers abzurechnende Leistungen aus der Pflegeversicherung davon abhängig gemacht werden sollen, ob eine tarifliche Bezahlung des Personals erfolgt oder nicht.

Der Einwand, dass die Seniorenbeiräte mit dieser eindeutigen Ministerunterstützung die von ihnen geforderte politische Neutralität verlassen, lassen die Seniorenbeauftragten nicht gelten. Nach ihrer Auffassung ist von den Seniorenbeauftragten **partei**politische Neutralität gefordert, aber keinesfalls ist politisches Denken und Handeln für sie tabu. „Außerdem muss es doch in unserer Gesellschaft möglich – mehr noch - normal sein, gute Vorschläge zu

unterstützen, egal, aus welchem demokratischen Lager sie kommen. Lassen sie uns diesen **ersten** Schritt gehen!